MARTIN DÖRMANN

MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

KULTUR- UND MEDIENPOLITISCHER SPRECHER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

BILANZ 2013 - 2017

INFORMATIONEN ZUR 18. WAHLPERIODE DES BUNDESTAGES

STAND: AUGUST 2017

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

INHALT

VORWORT

3 Gesagt. Getan. Gerecht!

KÖLN

4 Im Einsatz für Köln - die Arbeit im Wahlkreis

6 Intensive Bürgerkontakte

7 „Fraktion vor Ort“ und Stadtbezirksempfänge

8 Service und Infos: Die drei Bürgerbüros

MITARBEITERTEAM

9 Die Teams in Köln und Berlin

BERLIN

10 Meine Arbeitsschwerpunkte im Bundestag: Digitale Infrastruktur, Kultur und Medien

11 Typischer Ablauf einer Sitzungswoche

12 Digitale Infrastruktur: Breitbandausbau – Schnelles Internet für alle

14 Sozialdemokratische Kulturpolitik: Kreative stärken – Kultur für alle sichern

16 Medienpolitik: Reform der Medienordnung und Deutsche Welle

18 Verkehr: Milliardeninvestition in Verkehrswege

20 SPD-Erfolge in der Regierungsverantwortung: Wir haben viel für die Menschen erreicht

27 Wahlkreisgruppen zu Gast in Berlin

28 Chancen und Einblicke für junge Menschen

29 Gremienmitgliedschaften außerhalb des Bundestages

WEITERE INFORMATIONEN

30 Wahlkreiszeitung „Berlin Depesche“

30 Homepage und Facebook

30 Impressum

GESAGT. GETAN. GERECHT!
DIE SPD REGIERT, DIE MENSCHEN PROFITIEREN

Über 76 Prozent der SPD-Mitglieder stimmten 2013 dem Koalitionsvertrag zwischen SPD und Union zu. Denn das Vertragswerk trägt eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift. Das war ein starkes Votum und für uns sozialdemokratische Abgeordnete eine Verpflichtung, konsequent an der Umsetzung zu arbeiten.

Rund vier Jahre später lässt sich eine positive Bilanz dieser Legislaturperiode ziehen. Viele Vorhaben konnten verwirklicht werden: etwa der gesetzliche Mindestlohn, die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren sowie eine bessere Pflege. Für Kommunen, Bildung und Infrastruktur gibt es deutlich mehr Geld. Die SPD regiert, die Menschen profitieren.

Seit vielen Jahren engagiere ich mich im Bundestag für den Breitbandausbau, in dieser Wahlperiode im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur. Zudem bin ich Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Kultur und Medien. Auch in diesen Bereichen waren wir erfolgreich.

Nach Jahren des Stillstandes unter Schwarz-Gelb setzten wir ein Milliardenprogramm für den Breitbandausbau durch, um flächendeckend schnelles Internet zu verwirklichen. Denn nur wenn alle Menschen und Regionen gut versorgt sind, können sie die persönlichen und wirtschaftlichen Chancen der Digitalisierung nutzen. Wir haben zudem die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, dass mehr freies WLAN im öffentlichen Raum angeboten werden kann.

Beim Kulturetat gelang es in den letzten Haushaltsberatungen stets, den Regierungsansatz deutlich zu steigern. Die Künstlersozialversicherung haben wir gestärkt. Und bei der Deutschen Welle, in deren Verwaltungsrat ich tätig bin, konnten wir zusätzliche Mittel für Investitionen und das Programm sichern – damit unser Auslandssender als weltweite Stimme der Freiheit noch mehr Gehör findet.

Deutschland ist wirtschaftlich gut aufgestellt und hat eine Rekordzahl von Beschäftigten. Es bleibt aber auch noch viel zu tun. Für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, für preiswerten Wohnraum und die Integration zahlreicher Flüchtlinge. Für den Schutz unserer Freiheit und Demokratie gegenüber Terroristen, Rechtspopulisten und Radikalen. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – man muss sich täglich dafür engagieren. Genau das mache ich: an 1.460 Tagen in einer Wahlperiode.

Diese Broschüre soll eine Bilanz ziehen und gleichzeitig Einblicke in meine Arbeit als Abgeordneter in meinem Kölner Wahlkreis und in Berlin geben. Mein Dank gilt allen, die mich dabei in den letzten Jahren unterstützt haben: meinem engagierten Mitarbeiterteam, den SPD-Mitgliedern sowie vielen Bürgerinnen und Bürgern. Über weitere Unterstützung und Anregungen würde ich mich sehr freuen!

Herzlichst

IM EINSATZ FÜR KÖLN - DIE ARBEIT IM WAHLKREIS

Seit 2002 bin ich direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den **Wahlkreis Köln I** (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt). Er reicht vom Fernsehturm „Colonius“ über den Dom, das Rathaus und die Lanxess Arena bis zum Flughafen Köln/Bonn. In ihm leben über 300.000 Menschen. Hier bin ich fest verankert, etwa auch als Mitglied mehrerer Vereine und Stiftungen.

Meine Wahlkreisarbeit ist sehr intensiv und vielfältig. Regelmäßig besuche ich **Einrichtungen**, **Vereine** und **Feste**, halte Kontakt zu **Betriebsräten**, **Unternehmen** und der **Stadtverwaltung** oder stehe für **Bürgersprechstunden** zur Verfügung. Zu wichtigen politischen Themen organisiere ich **Diskussionsveranstaltungen**. Mit meiner **Wahlkreiszeitung „Berlin Depesche“** informiere ich regelmäßig über meine Arbeit und aktuelle Entscheidungen.

Sowohl in Köln als auch in Berlin versuche ich, die **Interessen der Menschen** erfolgreich zu vertreten. Dabei sind mir der **Erhalt sozialer Strukturen** und die Unterstützung einer guten **wirtschaftlichen Entwicklung** und **Infrastruktur** besonders wichtig. Eine Voraussetzung hierfür sind **solide Kommunalfinanzen**. Deshalb ist es ein zentrales Ziel, Kommunen finanziell zu entlasten. Auf diesem Weg konnte die SPD wichtige Erfolge erzielen, ebenso hinsichtlich zusätzlicher **Milliarden für Bildung**.

Einige **Kölner Projekte** konnte ich ganz konkret unterstützen, indem ich mich erfolgreich für **Förderung aus dem Bundeshaushalt** einsetzte. So gelang es beispielsweise, aus dem Bundesprogramm „**Nationale Projekte des Städtebaus**“ für den Kulturpfad **Via Culturalis** zwischen Dom und Sankt Maria im Kapitol und die Sanierung des **Stadtteilzentrums Chorweiler** eine Förderungssumme in Höhe von insgesamt **9,8 Mio. Euro** bewilligt zu bekommen. Erfolgreich waren auch die von mir unterstützten Anträge auf **Denkmalschutzförderung** für **die Gebäude des Millowitsch-Theaters** sowie des historischen **Bahnhofs Belvedere**. Bundesmittel erhält auf meine Initiative hin auch das international erfolgreiche Musikfestival **c/o pop**.

Mit Bundesministerin Andrea Nahles beim Veedel e.V. in Köln-Ostheim

Das Porzer Dreigestirn besuchte mich in Berlin

Eröffnung einer Ausstellung im Bürgerbüro Porz mit Bildern von Danny Frede

Schülerdiskussion mit Ines Pohl zur US-Wahl im Lessing-Gymnasium Porz-Zündorf

Das hat Spaß gemacht: In einer TV-Sendung des WDR mit Marc Metzger durfte ich eine launige Laudatio zur Verleihung der „Ehrenrampensau 2015“ an das „Rumpelstilzchen“ Fritz Schopps halten

INTENSIVE BÜRGERKONTAKTE

Der **Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern** in meinem Wahlkreis ist mir besonders wichtig. Regelmäßig führe ich **Bürgersprechstunden** durch und organisiere **Veranstaltungen** und gemeinsame **Ausflüge**.

Zweimal im Jahr haben ortsansässige Künstler/innen die Möglichkeit, ihre Werke im Bürgerbüro Porz im Rahmen einer **Bilderausstellung** zu präsentieren. Eröffnet werden diese stets im Rahmen eines **Frühjahrs- bzw. Herbstempfanges** mit dem Landtagsabgeordneten Jochen Ott, mit dem ich das Büro gemeinsam betreibe.

Seit meiner Wahl in den Bundestag unternehme ich regelmäßig eine **Sommertour im Wahlkreis**: Die parlamentarische Sommerpause nutze ich für Besuche von sozialen Einrichtungen, Institutionen und Betrieben.

Seit vielen Jahren Tradition sind auch meine sommerlichen **Wanderungen durch die Wahner-Heide** mit dem Journalisten und Heide-Experten Jürgen Schumann.

Beinahe täglich beantworte ich zudem zahlreiche Bürgeranfragen zu örtlichen oder überregionalen Themen. Vom bundesweiten Online-Portal „**abgeordnetenwatch.de**“ erhalte ich stets die Bestnote, weil ich auf alle dort gestellten Fragen ausführlich eingehe.

Jedes Jahr nehme ich an dem bundesweiten „Vorlesetag“ teil, was mir stets viel Freude macht. 2016 war ich zu Gast in der Grüneberg-Schule in Köln-Kalk und las den begeisterten Kindern aus dem Buch „Die kleine Schildkröte Lina“ vor

„FRAKTION VOR ORT“ UND STADTBEZIRKSEMPFÄNGE

Gemeinsam mit meinen Kölner Fraktionskollegen Rolf Mützenich und Karl Lauterbach sowie seit einigen Monaten auch Elfi Scho-Antwerpes organisiere ich seit vielen Jahren die Reihe **„Fraktion vor Ort“**, die stets auf eine sehr positive Resonanz stößt. Zu wichtigen bundespolitischen Themen waren bereits zahlreiche Fachleute und prominente Persönlichkeiten zu Gast in Köln.

Zudem beteilige ich mich an der Organisation von **SPD-Empfängen in den Stadtbezirken** meines Wahlkreises.

Kölner „Fraktion vor Ort“-Veranstaltungen 2013 – 2017:

- **„Europa stärken – Zukunft sichern“** mit Martin Schulz, MdEP, Präsident des Europäischen Parlaments
- **„Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege – Geht das?“** mit Manuela Schwesig, stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD
- **„Energiewende - Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Verbraucher“** mit Rolf Hempelmann**,** MdB, energiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion
- **„Gemeinsam für Gerechtigkeit“** mit Sigmar Gabriel**,** MdB, Bundesvorsitzender der SPD
- **„Die Bürgerversicherung - Solidarisch – Gerecht – Leistungsfähig“** mit Ulla Schmidt**,** MdB, Bundesminister für Gesundheit a. D.
- **„Bezahlbares Wohnen in der solidarischen Stadt“** mit Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
- **„Für ein modernes, weltoffenes und tolerantes Deutschland“** mit Thomas Oppermann**,** Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion
- **„Menschen zusammenbringen: Integrationsmotor Sport“** mit Martin Gerster, MdB, sportpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion
- **„Nachhaltige Daseinsvorsorge – Stadt- und Raumentwicklung sowie kommunale Verkehrsinfrastruktur“** mit Mike Groschek**,** Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr in NRW
- **„Das Rentenpaket – Soziale Sicherheit im Alter“** mit Gabriele Lösekrug-Möller, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- **„Neue Verbraucherschutzpolitik für Deutschland“** mit Ulrich Kelber, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
- **„Sterbehilfe – Eine Frage der Moral?“** u. a. mit Ingrid Matthäus-Meier, Deutsche Gesellschaft für humanitäres Sterben
- **„Die Pflegestärkungsgesetze – Für eine gute und menschenwürdige Pflege“** mit Prof. Dr. Karl Lauterbach, MdB**,** Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- **„Ein Jahr sozialdemokratische Außenpolitik“ – Probleme, Anforderungen, Lösungen** mit Dr. Rolf Mützenich, MdB, Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- **„Soziale Stadt - Lebensqualität in den Veedel erhalten und ausbauen“** mit Barbara Hendricks, MdB, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
- **„Wie gelingt Integration?“** mit Karamba Diaby, MdB
- **„Eine Welt aus den Fugen - Deutsche Außenpolitik vor neuen Herausforderungen“** mit Rolf Mützenich, MdB**,** Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- **„Herausforderungen der Innenpolitik: Öffentliche Sicherheit - Asyl – Integration“** mit Dr. Eva Högl, MdB**,** Stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
- **"Industrie 4.0 - Digitalisierung der Arbeitswelt“**
- **„Reform der Pflegeberufe“** mit Prof. Dr. Karl Lauterbach, MdB und weiteren Gästen
- **„Die Welt im Krisenmodus“ Herausforderungen für die Außen- und Europapolitik** mit Rolf Mützenich, MdB, Rolf-Dieter Krause und Norbert Spinrath, MdB
- **„Verbindung gekappt? – Die unterschiedlichen Welten zwischen Spitzen- und Breitensport“** mit Dagmar Freitag, MdB, Vorsitzende des Sportausschusses im Deutschen Bundestag
- **„Was ändert sich 2017 im Pflegesystem? – Pflegestärkungsgesetze und Pflegeberufereform“** mit Prof. Dr. Karl Lauterbach, MdB, Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- **„Für starke Kommunen – Entlastung unserer Städte und Gemeinden“** mit Bernhard Daldrup, MdB, Kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

SERVICE UND INFOS: DIE DREI BÜRGERBÜROS

In Köln unterhalte ich gleich **drei Bürgerbüros**, in Porz, Kalk und der Innenstadt. Sie stehen allen offen, die Fragen oder Anregungen haben. Mein Mitarbeiterteam und ich versuchen in jedem Einzelfall zu helfen. Im Bürgerbüro Porz finden zudem regelmäßig **Empfänge** und **Ausstellungen** von Künstlern statt.

SPD-Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327, 51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 52144, Fax: 02203 / 51044
eMail: martin.doermann@t-online.de

Bürozeiten: Mo. bis Do.: 10:00 bis 17:00 Uhr
Freitag: 10:00 bis 13:00 Uhr

Mein Mitarbeiterteam: Tim Cremer (Büroleiter), Nadesha Dietz, Anton Gerber und Thomas Schwanstecher (Webmaster); Mitarbeiterteam von Jochen Ott, MdL im Gemeinschaftsbüro: Marion und Karl-Heinz Tillmann

SPD-Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212, 51103 Köln
Tel.: 0221 / 880 5367

Bürozeiten: Mo., Mi.: 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr;
Donnerstag: 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr,
Freitag: 12:00 bis 15:00 Uhr

Mitarbeiter von Stephan Gatter, MdL im Gemeinschaftsbüro: Frank Heinz, Tel.: 0221 / 870 4302

Mit meinen Kölner Fraktionskollegen Karl Lauterbach, Elfi Scho-Antwerpes und Rolf Mützenich unterhalte ich ein gemeinsames Büro in der Innenstadt

SPD-Bürgerbüro Köln

Gemeinschaftsbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18 b, 50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 16919577, Fax: 0221 / 16919579
eMail: koelner-spd-mdb@netcologne.de

Bürozeiten: Montag bis Donnerstag 9:00 bis 17:00, Freitag: 9:00 bis 14:00 Uhr

Mitarbeiter: Benedikt Dettling

Beim Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Innenstadt 2015 freuten wir uns über eine gelungene Veranstaltung im Schokoladenmuseum(v. l.): Jochen Ott, Martin Dörmann, Maître Chocolatier Levent Erdidal, die Landtagsabgeordneten Ingrid Hack, Stephan Gatter und Martin Börschel, die Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt Regina Börschel und SPD-Stadtbezirksvorsitzender Tim Cremer, zugleich stellvertretender Bezirksbürgermeister

MITARBEITERTEAM

Ein starkes Team: in Köln und Berlin werde ich von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern tatkräftig unterstützt.

DAS TEAM IN KÖLN

Tim Cremer und **Nadesha Dietz** kümmern sich um mein Bürgerbüro Porz und alle Wahlkreisangelegenheiten. Unterstützt werden sie durch **Anton Gerber** (Student) und Webmaster **Thomas Schwanstecher**, der meine Homepage betreut. Im Gemeinschaftsbüro aller Kölner SPD-Bundestagabgeordneten arbeitet **Benedikt Dettling**. Und **Frank Heinz** führt als Mitarbeiter von Stephan Gatter, MdL unser gemeinsames Bürgerbüro in Kalk.

Tim Cremer

Leiter des Wahlkreisbüros in Porz

Nadesha Dietz

Wahlkreismitarbeiterin

Benedikt Dettling

Mitarbeiter im Büro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Frank Heinz

Mitarbeiter von Stephan Gatter, MdL im Gemeinschaftsbüro Kalk

DAS TEAM IN BERLIN

Stefan Stader, **Mirko Vossen** (bis 31.5.2017 **Dr. Matthias Dahlke**) und **Manuela Seifert** betreuen gemeinsam mein Abgeordnetenbüro. Als Fraktionssprecher für Kultur und Medien unterstützen mich **Christian Freiesleben** und **Bedriye Umucu** sowie **Stephanie Weyand**.

Stefan Stader

Leiter des MdB-Büros

Mirko Vossen

Wissenschaftl. Mitarbeiter im MdB-Büro (seit Mai 2017)

Manuela Seifert

Studentische Mitarbeiterin im MdB-Büro

Christian Freiesleben

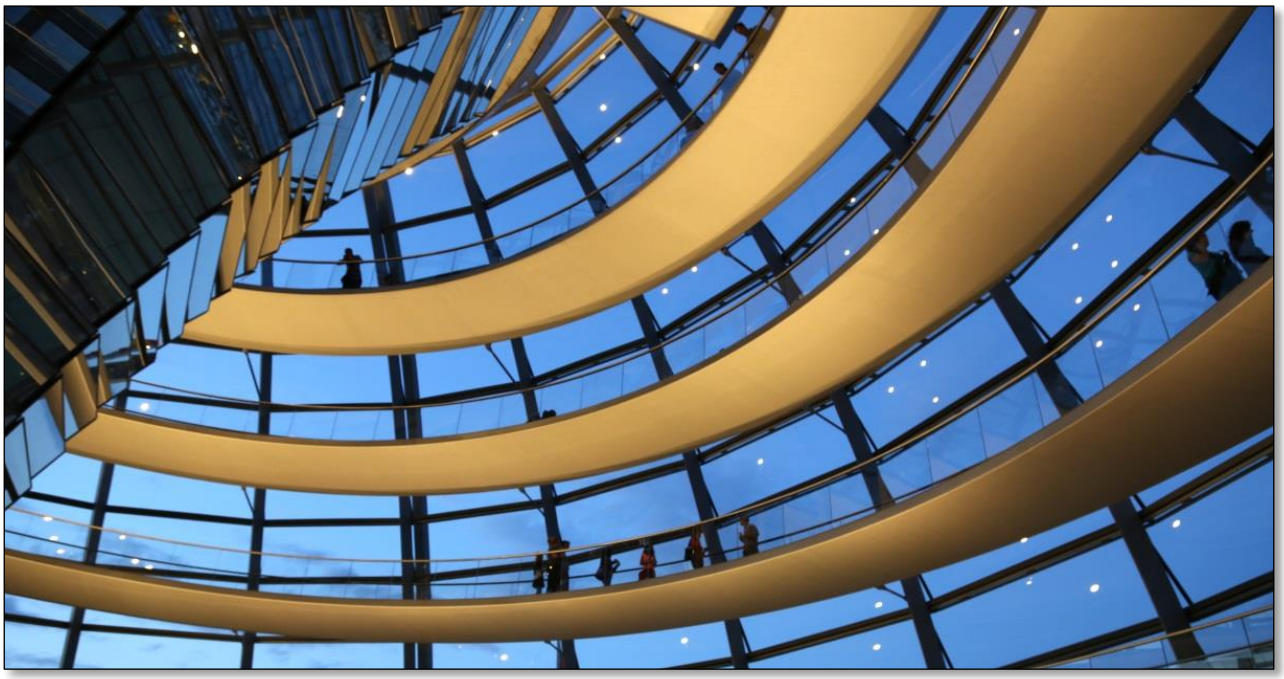
Fraktions-referent

Bedriye Umucu

Fraktions-sekretärin

Stephanie Weyand

Fraktions-mitarbeiterin



MEINE ARBEITSSCHWERPUNKTE IM BUNDESTAG: DIGITALE INFRASTRUKTUR, KULTUR UND MEDIEN

Meine inhaltlichen Schwerpunktthemen im Bundestag sind **Digitale Infrastruktur**, **Kultur und Medien**. In diesem Zusammenhang nehme ich gleich mehrere Aufgaben wahr, vom **Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** bis hin zu meiner Funktion als **kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion**. Ab der übernächsten Seite gebe ich einen Überblick, welche konkreten Ziele wir in diesen Bereichen in der ersten Hälfte der Legislaturperiode umsetzen konnten.

Im Ausschuss für Kultur und Medien mit Burkhard Blienert, Hiltrud Lotze und Christina Jantz

Einige aktuelle Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Vorstand der Medien- und Netzpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle

TYPISCHER ABLAUF EINER BERLINER SITZUNGSWOCHE

Montag

8:35 Flug Köln-Berlin; 10:00 Beirat Bundesnetzagentur (oder Verwaltungsrat Deutsche Welle oder Medien- und Netzpolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand); 13:45 Obleuterunde Kultur und Medien (KuM); 14:30 Koalitionsrunde KuM mit Staatsministerin Grütters (BKM) im Kanzleramt; 16:00 Bürobesprechung; 17:00 SPD-Fraktionsvorstand; 19:00-21:30 SPD-Landesgruppe NRW

Dienstag

8:00 Koordinierungsrunde der SPD-Sprecher im Bereich Kultur, Medien, Innen, Recht; 9:15 Arbeitsgruppe (AG) Verkehr und digitale Infrastruktur; 11:00 AG Kultur und Medien; 12:30 SPD-Sprecherrunde; 13:30 Mittagskoordinierung; 15:00 SPD-Fraktionssitzung; 19:00-21:30 Abendtermin (z.B. Parlamentarischer Abend, Podiumsdiskussion)

Mittwoch

8:00 Sitzungsvorbereitung; 9:30 Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur; 13:00 Gesprächstermin; 14:00 Ausschuss für Kultur und Medien; 17:00 Büro/Gesprächstermin; 19:00-21:30 Abendtermin

Donnerstag

7:30-9:00 SPD-Arbeitskreis Urheberrecht; 9:00 Plenum (Parlamentsdebatten); 13:00 Büro; 14:30 Dialogveranstaltung des Projekts Medienordnung oder Fachgespräch; 17:00 Plenum (ggf. Rede), 19:00-21:30 Abendveranstaltung

Freitag

8:00 Gesprächstermin; 9:00 Plenum (Parlamentsdebatte); 11:00 Bürobesprechung; 13:00 Büroarbeit (Vorgänge, Diktate); 15:00 Flug Berlin-Köln; 18:00-20:30 Diskussionsveranstaltung in Köln

Samstag/Sonntag

Wahlkreistermine, Büroarbeit, Vorbereitung der nächsten Sitzungswoche (Unterlagen lesen, Texte erstellen, eMails bearbeiten)

Mit dem Berliner Mitarbeiterteam im September 2016

DIGITALE INFRASTRUKTUR: BREITBANDAUSBAU - SCHNELLES INTERNET FÜR ALLE

Seit 2005 bin ich zuständiger **Berichterstatter der SPD-Bundestagsfaktion für digitale Infrastruktur**.

In dieser Wahlperiode ist es erstmals gelungen, für den Breitbandausbau einen **Milliardenbetrag für ein Förderprogramm des Bundes** zu sichern. Und bei der Versteigerung von Funkfrequenzen wurde eine hohe **Mindestabdeckung für schnelles mobiles Breitband (LTE)** festgelegt. Außerdem werden durch den gesetzlichen Wegfall der bisherigen Haftung **mehr offene WLAN-Netze** zur Verfügung gestellt.

Milliarden-Förderprogramm für den Breitbandausbau

Schnelles Internet für alle sichert **Teilhabemöglichkeiten** sowie **wirtschaftliche Chancen**. Die SPD hat deshalb im Koalitionsvertrag (mit meiner Beteiligung) **ambitionierte Ausbauziele** verankert. Bis 2018 soll es eine **flächendeckende Breitbandversorgung** mit Geschwindigkeiten von mindestens **50 Mbit/s bis 2018** in ganz Deutschland geben. Dies ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, lag doch 2013 die diesbezügliche Versorgungsquote erst bei rund 60 Prozent der Haushalte.

Zentraler Hinderungsgrund für eine flächendeckende Versorgung mit Hochgeschwindigkeitsnetzen sind bislang die überproportional hohen Ausbaukosten in dünn besiedelten Gebieten. **Förderprogramme** sind ein wichtiges Instrument, **um Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen**. Im Bundeshaushalt waren 2013 noch keine nennenswerten Mittel für Breitbandförderprogramme eingestellt.

Nachdem in den Jahren der schwarz-gelben Bundesregierung im Grunde keine nennenswerte Förderung erfolgte, hat die gegenwärtige Große Koalition zusammen mit den Ländern (mit Verpflichtung bis 2020) **über 4 Milliarden Euro** für die **Breitbandförderung** zur Verfügung gestellt. Seit Anfang Januar 2017 gibt es auch ein spezielles Förderprogramm von **350 Millionen Euro zur Erschließung von Gewerbegebieten**. Hinzu kommen weitere Fördergelder in den Ländern. Für jeden Euro öffentlicher Förderung wird ein zusätzlicher Betrag privater Investitionen für den Breitbandausbau ausgelöst.

Grundsätzlich bezuschusst der Bund bei einem maximalen Projektvolumen von 15 Millionen Euro 50 bis 70 % der Wirtschaftlichkeitslücke, 10 % sollen an Eigenmitteln erbracht werden. Die restliche Finanzierung kann durch die Länder erfolgen. Das Programm wird hervorragend angenommen, so dass seit April 2016 bereits 545 Förderanträge für Netzausbauprojekte in ganz Deutschland bewilligt wurden. Besonders erfreulich: **70 Prozent der Mittel fließen in Glasfaserprojekte** (FTTH/B), die besonders hohe Bandbreiten ermöglichen.

DigiNetz-Gesetz unterstützt den weiteren Glasfaserausbau

Mit dem im Sommer 2016 verabschiedeten **DigiNetz-Gesetz** werden umfangreiche Mitnutzungsrechte an bestehenden Infrastrukturen verankert. Dadurch wird vor allem der weitere **Glasfaserausbau wesentlich günstiger** werden.

Denn es ist festzuhalten: Der Aufbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur der Zukunft endet nicht 2018, sondern ist angesichts der wachsenden Bedarfe eine **andauernde Aufgabe**, der sich die SPD-Bundestagsfraktion weiterhin konsequent widmen wird.

Ausbauauflagen für mobiles Breitband

Immer mehr Menschen nutzen das Internet unabhängig davon, wo sie sich bewegen, etwa auf ihrem Smartphone oder Tablet. Bei der Versteigerung von Funkfrequenzen für den Mobilfunk haben wir deshalb strenge **Ausbauauflagen für mobiles Breitband** mit dem schnellen LTE-Standard festgelegt. Damit sind wir europaweit führend.

Die Unternehmen, die 700 MHz-Frequenzen ersteigert haben, sind verpflichtet, bis Mitte 2018 mindestens 98 % der Haushalte bundesweit mit LTE zu versorgen, und zwar mit Bandbreiten von 50 Mbit/s pro Antennensektor, was für jeden Haushalt mindestens 10 Mbit/s bedeutet. Damit wird zusätzlich zum Festnetz auch eine **beinahe flächendeckende Versorgung mit schnellem mobilem Breitband** gesichert.

Weg frei für öffentliches WLAN

Mit einer **Änderung des Telemediengesetzes** (TMG) wurde ein zentrales netzpolitisches Anliegen der SPD umgesetzt: **Das bisherige Haftungsrisiko für WLAN-Anbieter wurde beseitigt**. Durch die Gleichstellung von WLAN-Anbietern mit Internetzugangsanbietern (Accessprovidern) entfällt die bisherige Störerhaftung.

Deshalb wird es zukünftig erheblich **mehr WLAN-Angebote im öffentlichen Raum** geben, beispielsweise in Cafés, Bibliotheken, Kaufhäusern oder Schulen. Die bisherige Rechtslage hatte dazu geführt, dass Deutschland bei öffentlicher WLAN-Nutzung deutlich hinterherhinkte.

Funktionen im Bereich „Digitale Infrastruktur“

- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Vorstand der Medien- und Netzpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand

Bei der Kulturpolitischen Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung 2015 in Berlin

SOZIALDEMOKRATISCHE KULTURPOLITIK: KREATIVE STÄRKEN – KULTUR FÜR ALLE SICHERN

Als **Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion** bin ich für den Bereich **Kultur und Medien** verantwortlich.

In dieser Legislaturperiode konnten wir für die Kultur bereits in erheblichem Umfang **zusätzliche Haushaltsmittel** sichern, die **Künstlersozialversicherung stabilisieren** und wichtige **Kulturprojekte voranbringen**.

Für die SPD gehören Kunst und Kultur zu einer offenen und vielfältigen demokratischen Gesellschaft. Sie schaffen Bewusstsein, Identität und die Freiheit zur Entwicklung des Einzelnen. Zudem bieten sie vielfältige Arbeitsmöglichkeiten und haben große wirtschaftliche Bedeutung.

Die SPD hat viele wichtige Projekte im Koalitionsvertrag verankert und versteht sich als treibende Kraft bei deren Umsetzung. An dieser Stelle besonders erwähnt seien folgende:

- **eine stabile Künstlersozialversicherung:** Die gesetzliche Verankerung der regelmäßigen Überprüfung aller Unternehmen bzgl. ihrer gesetzlichen Pflicht zur Künstlersozialabgabe war dringend erforderlich, um den weiteren Anstieg des Abgabesatzes zu verhindern und Abgabegerechtigkeit herzustellen. Unsere Maßnahmen haben gegriffen: der Beitragssatz wird ab dem 1.1.2017 von 5,2% auf 4,8% abgesenkt.
- **Einsetzung der Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU):** Sie hat im Frühjahr 2016 ihren Abschlussbericht vorgelegt. Nach einer kontroversen Diskussion mit der Union konnten wir immerhin noch einen Antrag mit der Union verabschieden, der den BStU und das Bundesarchiv verpflichtet, die Integration

der Stasi-Akten in das Bundesarchiv konzeptionell vorzubereiten.

- **Konsequenzen aus dem bislang problematischen Umgang mit in der Nazizeit abhanden gekommenen Kunstwerken:** Verbesserung der Bund-Länder-Struktur (Schaffung „Zentrum Kulturgutverluste“), mehr Mittel für Provenienzforschung sowie Überprüfung der Rechtsnormen, die die Restitution geraubter bzw. enteigneter Kunst ggfs. begründen oder behindern.
- **Kulturgut schützen:** Mit dem neuen Kulturgutschutzgesetz wird der Kampf gegen illegalen Kulturguthandel verbessert und national wertvolles Kulturgut besser vor Abwanderung geschützt. Wir haben uns für eine gerechte Balance zwischen dem effektiven Schutz von national wertvollem Kulturgut und den Interessen der Eigentümer stark gemacht.
- **Urhebervertragsrecht reformieren:** Kreative sollen künftig eine angemessene Vergütung erhalten und eine faire Beteiligung an der kommerziellen Verwertung ihrer Leistungen erhalten. Hierzu laufen aktuell die parlamentarischen Beratungen zur Novelle des Urhebervertragsrechtes.
- **Filmförderung verbessern:** Mit dem Filmförderungsgesetz soll die Qualität und Vielfalt des deutschen Film erhalten und weiterentwickelt werden. Wir setzen uns insbesondere für die Unterstützung kleiner Kinos und die Berücksichtigung sozialer Produktionsstandards ein.
- **kritische Begleitung der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP):** das Verhandlungsmandat enthält bereits Ausnahmen für die Kultur und audiovisuelle Dienste. Wir achten darauf, dass wichtige Errungenschaften in diesem Bereich nicht angetastet werden (z. B. Urheberrecht, öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Buchpreisbindung, Filmförderung).

Der **Bundeshaushalt im Bereich Kultur und Medien** beträgt 2016 mehr als **1,4 Milliarden Euro**. In den **parlamentarischen Haushaltsberatungen** konnten wir in jedem Jahr deutliche Verbesserungen gegenüber dem Regierungsentwurf durchsetzen. Nur einige Beispiele:

- Mittel für den Neubau des **Museums der Moderne** am Potsdamer Platz in Berlin und der im Zuge des **100-jährigen Jubiläums des Bauhauses** im Jahr 2019 geplanten **Neubauten** in Berlin, Dessau und Weimar;
- Verstärkung der Mittel für die Arbeit der **Kulturstiftung des Bundes (KSB**) und der **Bundesstiftung Aufarbeitung;**
- Fortsetzung des **Sonderprogramms Denkmalschutz** und des Programms zur **Digitalisierung insbesondere kleiner Kinos**.

Ich habe mich zudem erfolgreich dafür eingesetzt, dass auch **Kölner Projekte** gefördert wurden, etwa die Denkmalschutzarbeiten am Bahnhof Belvedere und dem Gebäude des Volkstheaters Millowitsch oder das international erfolgreiche Musikfestival c/o pop.

Funktionen im Bereich Kultur- und Medienpolitik

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Mitglied im Arbeitskreis Urheberrecht der SPD-Fraktion
- Mitglied im Vorstand der Medien- und Netzpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle
- Mitglied im Kuratorium der Stiftung „Haus der Geschichte“
- Mitglied im Kunstbeirat für Sonderpostwertzeichen

Mit einem eigenen Projekt zur Reform der Medien- und Kommunikationsordnung unterstützte die SPD-Fraktion die Arbeit der Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz

MEDIENPOLITIK:
REFORM DER MEDIENORDNUNG UND DEUTSCHE WELLE

Als **Medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion** ist es mein Hauptanliegen, Freiheit, Vielfalt und Qualität unserer Medienlandschaft zu sichern.

Zusammen mit meinem Kollegen Lars Klingbeil war ich Leiter des **Projekts „Reform der Medienordnung“ der SPD-Bundestagsfraktion (2014-2016)**. Zudem setze ich mich als **Verwaltungsrat der Deutschen Welle** für eine gute Perspektive unseres Auslandssenders ein.

In dieser Legislaturperiode ist es gelungen, eine Trendwende zu erzielen und die **Deutsche Welle** erstmals seit vielen Jahren wieder finanziell zu stärken. Mit dem **Fraktionsprojekt „Reform der Medien- und Kommunikationsordnung“** gaben wir wichtige Impulse für die **Bund-Länder-Kommission Medienkonvergenz**.

Projekt „Reform der Medienordnung“

Mit einer eigenen Kommission haben Bund und Länder gemeinsam eine der Konvergenz angemessene Medien- und Kommunikationsordnung weiterentwickelt. Nach konzeptionellen Vorarbeiten durch ein **Gutachten der Länder** wurde die Kommission Ende 2014 eingesetzt. Nach einem Zwischenbericht im Dezember 2015 haben Bund und Länder im Juni 2016 den Abschlussbericht entgegengenommen.

Zu fünf thematischen Schwerpunkten hat die Kommission Anpassungsbedarfe bei der Medienregulierung identifiziert: **Jugendmedienschutz**, **Intermediäre**, **Plattformregulierung**, **Kartellrecht/Vielfaltsicherung** und europäischer Rechtsrahmen für **audiovisuelle Mediendienste** (AVMD-Richtlinie).

Unser **Fraktionsprojekt „Reform der Medien- und Kommunikationsordnung“** haben wir 2014 mit einer umfangreichen **Branchenbefragung** gestartet, deren Ergebnisse in das zitierte Ländergutachten eingeflossen sind. Seither haben wir in **Dialogveranstaltungen** und **Fachgesprächen** wichtige Einzelthemen aufgegriffen und mit zahlreichen Expertinnen und Experten diskutiert.

Für die **SPD-Fraktion** sind Freiheit und Vielfalt der Medien sowie die Sicherung der Qualität journalistisch-redaktioneller Inhalte zentrale Leitmotive für die Reformbemühungen. Konkret geht es insbesondere darum, neue Technologien und verändertes Mediennutzungsverhalten zeitgemäß abzubilden, Qualität und Vielfalt zu sichern sowie die Möglichkeiten zu verbessern, Informationsangebote und Geschäftsmodelle im Interesse der Nutzer/innen weiter zu entwickeln.

→ **Mehr zum Projekt unter: www.spdfraktion.de/themen/reform-der-medienordnung**

Ereigniskanal Phoenix

Bezüglich des TV-Senders **Phoenix** habe ich mich bei den zuständigen Intendantinnen und Intendanten von ARD und ZDF erfolgreich für eine finanzielle Stärkung eingesetzt, auch wenn noch einiges zu tun bleibt. Phoenix ist ein Aushängeschild des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, kämpft aber seit Jahren mit einem faktisch rückläufigen Programmetat.

Im Phoenix-Studio mit Moderator Michael Hirz

Stärkung der Deutschen Welle

Die Deutsche Welle hat ihren Sitz in Bonn und Berlin. Unser **Auslandssender** ist die Stimme Deutschlands in der Welt, soll unsere Sichtweise, Sprache und Werte vermitteln und leistet einen wichtigen **Beitrag zur globalen Meinungsvielfalt**.

Als zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion und Verwaltungsrat der Deutschen Welle ist es mir ein besonderes Anliegen, die **journalistischen Möglichkeiten des Senders zu stärken**.

Als Verwaltungsrat der Deutschen Welle arbeite ich mit DW-Intendant Peter Limbourg zusammen

Der Bundestag unterstützt die **Aufgabenplanung 2014-2017** der DW, die mit Innovationen und größerer Aktualität die **Relevanz und Reichweite** des Senders stärken soll. Seit den 1990er Jahren hatte die Deutsche Welle unter erheblichen Mittelkürzungen zu leiden. In dieser Legislaturperiode hingegen **wachsen die finanziellen Mittel** für Programm, Investitionen und den Ausgleich von Tarifsteigerungen deutlich. Insgesamt beträgt der **Haushalt der DW 2017** mit Projektförderung und der DW-Akademie rund **343,6 Millionen Euro**. Die Koalition hat zudem einen Entschließungsantrag eingebracht, der die finanzielle und programmliche Stärkung der DW auch für die nächste Legislaturperiode fordert. Das Ziel ist ein Aufwuchs der Mittel auf dem Niveau des französischen Auslandssenders.

VERKEHR:
MILLIARDENINVESTITION IN VERKEHRSWEGE

Seit 2013 bin ich Mitglied im Ausschuss für **Verkehr und digitale Infrastruktur**.

Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für persönliche Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe sowie für Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Grundlage hierfür ist eine **leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur**. Deshalb galt es, die bisherige strukturelle Unterfinanzierung zu beenden.

In dieser Legislaturperiode haben wir die **Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur deutlich und nachhaltig erhöht**. Bis zum Jahr 2018 werden wir ein Niveau von rund **14 Milliarden Euro pro Jahr** aus Bundesmitteln erreichen. 2013 waren es erst 10,7 Milliarden Euro.

Wichtige verkehrspolitische Meilensteine sind zudem der **Bundesverkehrswegeplan 2030** sowie die **Fortführung und Erhöhung der Regionalisierungsmittel** für den Schienenpersonennahverkehr.

Nachhaltige Mehrinvestitionen

Alleine für die Autobahnen und die Bundesstraßen stehen 2016 rund 7,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit gibt es so viele Mittel wie nie zuvor für den Bau, den Erhalt, die Modernisierung und den Betrieb der Bundesfernstraßen in Deutschland. Das entspricht für 2016 einer Rekorderhöhung um 19 % bzw. 1,17 Mrd. Euro gegenüber dem Haushaltsansatz 2015. Für NRW beträgt die Steigerung im Vergleich zu 2015 sogar 26 %.

Dabei fließt das Geld zuerst in den Erhalt. Stück für Stück arbeiten wir damit den Investitionsstau bei bröckelnden Brücken und Straßen ab. Beim Aus- und Neubau investieren wir dort, wo es für die Autofahrer und den Wirtschaftsverkehr den größten Nutzen hat.

Netto-Einnahmen aus der Nutzerfinanzierung werden ohne Abstriche in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Die Einnahmen durch die LKW-Maut belaufen sich jährlich auf 4,5 Mrd. Euro. Bereits zum 1. Juli 2015 wurde die Maut auf weitere rund 1100 Kilometer autobahnähnliche Bundesstraßen ausgeweitet und auf LKW ab 7,5 Tonnen, was zusätzliche Einnahmen von 380 Millionen bringt. Durch die nochmalige Ausweitung auf alle Bundesstraßen ab Mitte 2018 erwarten wir Mehreinnahmen von rund 2 Milliarden Euro.

Bundesverkehrswegeplan 2030 bringt größtes Antistauprogramm für NRW

Zu den wichtigsten Themen in dieser Legislaturperiode gehört der **Bundesverkehrswegeplan 2030**. Er wurde Anfang August 2016 vom Bundeskabinett beschlossen. In den nächsten Monaten folgen die entsprechenden Ausbaugesetze und Finanzierungsbeschlüsse des Bundestages.

Der Bundesverkehrswegeplan ist ein Planungsinstrument der Bundesregierung, das dem Ziel einer langfristigen und integrierten Verkehrspolitik dienen soll. Er legt verkehrsträgerübergreifend (Straße, Schiene, Wasser) fest, wo der Bund auf Grundlage seiner Verkehrsprognosen Investitionsbedarf sieht. Der Betrachtungshorizont liegt bei etwa 15 Jahren. Nach der Vorstellung des Entwurfs im März 2016 konnten Interessierte sechs Wochen lang Änderungswünsche äußern. Rund hundert Projekte sind so geändert worden. Das Bundesverkehrsministerium hat den Bundesverkehrswegeplan noch einmal umfassend überarbeitet.

Das Gesamtvolumen des Plans stieg durch die jüngsten Änderungen von 264,5 auf 269,6 Milliarden Euro. Insgesamt ist der Plan um rund 96 Mrd. Euro höher dotiert als der letzte von 2003. Im neuen Plan entfallen auf die Straße 132,8 Mrd. Euro (49,3 %), auf die Schiene 112,3 Mrd. Euro (41,6 %) und auf die Wasserstraße 24,5 Mrd. Euro (9,1 %). Im Vordergrund steht ein rascher und gezielter Ausbau der überlasteten Knoten und Engpässe.

NRW profitiert vom neuen Bundesverkehrswegeplan besonders: Vom gesamten Volumen, das für die Staubeseitigung investiert werden soll, fließen fast 38 % nach NRW. Das ist das größte Anti-Stau-Programm, das NRW je erlebt hat.

Vordringlicher Bedarf für Kölner Projekte wurde anerkannt

Im Bundesverkehrswegeplan sind wichtige Verkehrsprojekte in Köln in der obersten Kategorie eingestuft. So werden die Fahrstreifen mehrerer **Autobahnen** in und um Köln herum erweitert und Autobahnkreuze ausgebaut. Die **Ortsumgehungen** in Meschenich und Hürth-Hermülheim werden ebenfalls als vordringlicher Bedarf mit Engpassbeseitigung eingestuft. Gleiches gilt für den **Großknoten Köln** und den **Rhein-Ruhr-Express** im Bereich Bahn.

Im Kabinettsbeschluss wurde gegenüber der ursprünglichen Entwurfsfassung auch die dringend benötigte **neue Rheinbrücke zwischen Niederkassel und Wesseling** vom „weiteren Bedarf mit Planungsrecht“ in den „vordringlichen Bedarf“ hochgestuft, so dass mit deren Realisierung fest zu rechnen ist.

Höhere Regionalisierungsmittel

Regionalisierungsmittel sind Gelder, die der Bund den Bundesländern aufgrund des Regionalisierungsgesetzes (RegG) jährlich zur Verfügung stellt. Die Zahlungen erfolgen, weil bis 1996 der Bund für die Finanzierung des Eisenbahnnahverkehrs zuständig war.

Die bisherigen Regelungen des RegG waren Ende 2014 ausgelaufen. Nach längeren Verhandlungen konnte schließlich eine **Einigung über die Fortführung** erzielt werden. Der Bund stellt den Ländern im Jahr 2015 Regionalisierungsmittel in Höhe von rund 7,4 Mrd. Euro zur Verfügung. Mit dem Betrag werden insbesondere der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und in geringerem Umfang auch andere Projekte des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) finanziert.

Die Neureglung hat eine Laufzeit von 2015 bis 2031. Die Regionalisierungsmittel werden durch eine Änderung des Regionalisierungsgesetzes um 200 Mio. Euro **auf 8,2 Mrd. Euro durch den Bund aufgestockt**. Dieser Gesamtbetrag wird **mit 1,8 % dynamisiert**. Die Länder übermitteln dem Bund einen einvernehmlich abgestimmten Verteilungsschlüssel für die ostdeutschen Länder und das Saarland. Der verbleibende Betrag wird nach dem Kieler Schlüssel unter den Ländern verteilt.

Für die Pendler in Nordrhein-Westfalen sind das besonders gute Nachrichten. Der Anteil, den **NRW** in Zukunft erhält, beinhaltet eine erhebliche Steigerung gegenüber den bisherigen Zahlungen. In den vergangenen Jahren bekam NRW nur einen Anteil von 15,76 % der Regionalisierungsmittel, jetzt wird er nach dem neuen Schlüssel schrittweise auf 18,99 % angehoben. Für 2016 sind das 1,286 Milliarden Euro.

Zwischen Bund und Ländern wurde zudem eine grundsätzliche Einigung über die **Verlängerung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG)** über das Jahr 2019 hinaus erzielt, die es nun möglichst schnell gesetzlich umzusetzen gilt. Nach dem GVFG stehen bundesweit jährlich rund 333 Millionen Euro zur Förderung kommunaler ÖPNV-Vorhaben bereit.

Funktion im Bereich Verkehrspolitik

- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

SPD-ERFOLGE IN REGIERUNGSVERANTWORTUNG: WIR HABEN VIEL FÜR DIE MENSCHEN ERREICHT!

Die SPD konnte im Koalitionsvertrag wichtige sozialdemokratische Projekte verankern, von denen zahlreiche Menschen profitieren. Viele wurden bereits konkret umgesetzt. Gesagt. Getan. Gerecht! Nachfolgend einige Beispiele.

Der Mindestlohn ist da!

Mit dem Mindestlohn per Gesetz geben wir der Arbeit von Millionen Menschen Wert und Würde zurück. Außerdem stärken wir die Tarifbindung und sorgen dafür, dass mehr Beschäftigte von guten Tariflöhnen profitieren.

Gesetzlicher Mindestlohn

Wir wollen, dass alle von ihrer Arbeit leben können. Deshalb haben seit dem 1. Januar 2015 alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Seit dem 1. Januar 2017 kann davon auch dann nicht mehr abgewichen werden, wenn ein Branchenmindestlohn-Tarifvertrag gilt. Besondere Regelungen gelten für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten einer neuen Beschäftigung, für Ausbildungsverhältnisse und für bestimmte Praktika. Die Höhe des Mindestlohns wird künftig regelmäßig durch die Tarifpartner in der sogenannten Mindestlohnkommission überprüft. Mit Beginn des Jahres 2017 stieg der Mindestlohn damit auf 8,84 Euro. Vom gesetzlichen Mindestlohn haben rund vier Millionen Beschäftigte profitiert. Für sie bedeutete seine Einführung eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 18 Prozent. Am meisten profitieren Beschäftigte in Branchen, in denen tarifliche Schutzstandards fehlen. 80 Prozent derjenigen, die den Mindestlohn erhalten, arbeiten in Betrieben ohne Tarifbindung. Das zeigt: Der Mindestlohn hat keine Jobs vernichtet. Er hat viele Jobs besser gemacht.

Gute Tariflöhne

Tarifverträge können jetzt leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden. Sie gelten dann auch für Beschäftigte und Arbeitgeber der jeweiligen Branche, die nicht Mitglied der Gewerkschaft bzw. des Arbeitgeberverbandes sind, die den Tarifvertrag ausgehandelt haben. Auch branchenweite Mindestlöhne können jetzt leichter festgelegt werden.

Starke Sozialpartnerschaft

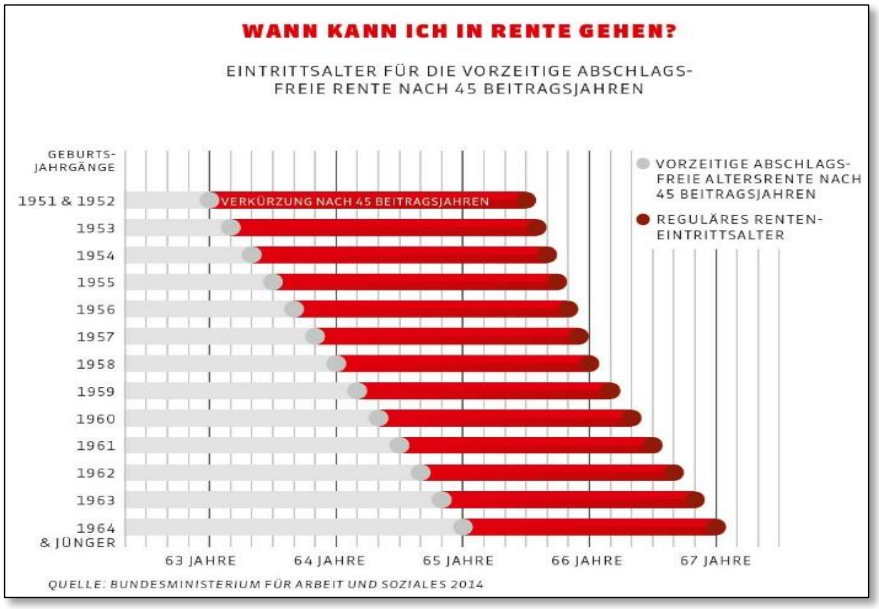
Voraussetzung für Tarifautonomie und Tarifpartnerschaft sind starke Gewerkschaften, die das Wohl aller Beschäftigten im Blick behalten. Deshalb haben wir die Tarifeinheit gestärkt und den Grundsatz »Ein Betrieb, ein Tarifvertrag« auf eine gesetzliche Basis gestellt, nachdem er im Jahr 2010 durch die Rechtsprechung aufgehoben worden war.

Gerechte und sichere Rente

Langjährige Versicherte können früher in Rente gehen. Zeiten der Kindererziehung werden besser angerechnet. Wir stärken die Betriebsrenten und sorgen für gleiche Renten in Ost und West. Wer ein Leben lang einbezahlt hat, muss mehr bekommen als die Grundsicherung.

Rente nach 45 Jahren

Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge in die Rentenkasse gezahlt hat, kann nun etwa zwei Jahre vor der Regelaltersgrenze ohne Abschläge in Rente gehen. Vorübergehende Arbeitslosigkeit, Pflegezeiten und Kindererziehung werden anerkannt.



Wer neben der Rente weiter arbeitet, kann künftig Beiträge einzahlen und so einen höheren Rentenanspruch erwerben. Die Zwangsverrentung haben wir abgeschafft für Menschen, die dadurch andernfalls in die Grundsicherung fallen würden.

Gleiche Renten in Ost und West

Wir werden den Rentenwert Ost bis 2025 in mehreren Schritten auf das Westniveau anheben. Damit werden wir eine Gerechtigkeitslücke zwischen den alten und den neuen Ländern schließen.

Solidarische Lebensleistungsrente

Wer ein Leben lang Vollzeit gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt hat, muss im Alter mehr bekommen als das Existenzminimum. Deshalb setzen wir uns für eine solidarische Lebensleistungsrente ein.

Reform der Betriebsrenten

Wir werden noch 2017 die Betriebsrenten stärken und für kleine und mittlere Unternehmen attraktiver machen.

Höhere Mütterrente

Mütter (und Väter), die vor 1992 Kinder erzogen haben, bekommen pro Kind zwei Jahre Erziehungszeit statt bisher eines angerechnet. Monatliches Plus: ein Rentenpunkt pro Kind, derzeit 30,45 Euro (West), 28,66 Euro (Ost).

Mehr Erwerbsminderungsrente und Vorbeugung

Menschen, die aus gesundheitlichen oder unfallbedingten Gründen erwerbsunfähig werden, erhalten eine höhere Erwerbsminderungsrente. Bei einem Rentenbeginn seit dem 1. Juli 2014 wird die Rente so berechnet, als hätten sie bis zum 62. Lebensjahr gearbeitet statt nur bis zum 60. Lebensjahr. Diese Zurechnungszeit werden wir in den nächsten Jahren schrittweise bis auf das 65. Lebensjahr anheben und so die Erwerbsminderungsrenten weiter erhöhen. Wir haben Prävention und Rehabilitation gestärkt, damit Menschen länger gesund bleiben und selbst entscheiden können, wann sie in Rente gehen.

Flexible Übergange in die Rente

Wir erleichtern es Beschäftigten, vor Erreichen des Rentenalters eine Teilzeitarbeit mit einer Teilrente zu kombinieren. Erwerbstätige können bereits ab 50 Jahren zusätzliche Rentenbeiträge einzahlen und dadurch früher vorsorgen, wenn sie abschlagfrei in Rente gehen wollen.

Unterstützung für Familien

Wir ermöglichen eine bessere Balance zwischen Arbeit und Familie. Wir geben Eltern mehr Gestaltungsfreiheit, um familiäre und berufliche Aufgaben partnerschaftlich zu teilen und unterstützen Alleinerziehende.

ElterngeldPlus

Mit dem neuen ElterngeldPlus können Eltern bei Teilzeitarbeit seit Mitte 2015 doppelt so lange Elterngeld beziehen (bis zu 28 Monate). Wenn Mütter und Väter parallel 25 bis 30 Stunden pro Woche arbeiten, um sich Familien- und Erwerbsarbeit zu teilen, erhalten beide das El-

terngeldPlus für weitere vier Monate (Partnerschaftsbonus). Außerdem können Eltern zwischen dem dritten und dem achten Geburtstag des Kindes 24 Monate Elternzeit nehmen und die Elternzeit flexibler aufteilen. Zudem entlasten wir Familien durch die Erhöhung des Kindergeldes, des steuerlichen Kinderfreibetrags und des Kinderzuschlags.

Unterstützung für Alleinerziehende

Wir haben den steuerlichen Freibetrag für Alleinerziehende erhöht. Als Nächstes werden wir den Unterhaltsvorschuss ausweiten. Der Staat springt ein, wenn Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils ganz oder teilweise ausbleiben. Bislang wird dieser staatliche Unterhaltsvorschuss höchstens sechs Jahre lang und maximal bis zum 12. Geburtstag des Kindes gezahlt. Wir haben durchgesetzt, dass die Leistung künftig bis zum 18. Geburtstag und ohne Beschränkung der Bezugsdauer gewährt wird.

Besserer Mutterschutz

Wir verbessern die Regeln zum Mutterschutz. Künftig sollen auch Schülerinnen, Auszubildende und Studierende einbezogen werden. Im Falle der Geburt eines behinderten Kindes soll die gesetzliche Mutterschutzfrist von acht auf zwölf Wochen verlängert werden. Tritt nach der zwölften Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt auf, sollen die Frauen einen Kündigungsschutz von vier Monaten erhalten.

Familienpflegezeit

Mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf haben pflegende Angehörige seit Anfang 2015 mehr Rechte und größere Flexibilität. Bei einem akut eintretenden Pflegefall erhalten Beschäftigte für eine zehntägige Auszeit zur Organisation der Pflege ein Pflegeunterstützungsgeld. Für längere Auszeiten haben sie einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit: Angehörige können bis zu 24 Monate die Arbeitszeit reduzieren. Um Lohnausfälle aufzufangen, gibt es einen Anspruch auf ein zinsloses Darlehen. Seit 2015 haben rund 70.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Familienpflegezeit genommen.

Rückkehrrecht in Vollzeit

Wir wollen das Teilzeitrecht weiterentwickeln. Wer in Teilzeit geht, soll einen Anspruch bekommen, wieder auf die vorherige volle Stelle zurückzukehren.

Gleiche Chancen für Frauen

Wir bekämpfen die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt. Mit der Frauenquote sorgen wir dafür, dass bei der Besetzung von Top-Jobs die Qualifikation zählt

Gesetzliche Frauenquote

Seit 2016 müssen börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen mindestens 30 Prozent der frei werdenden Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzen. Wird diese Quote nicht erfüllt, bleiben die Aufsichtsratsmandate unbesetzt (»Leerer Stuhl«). Zudem werden weitere 3.500 Unternehmen verpflichtet, sich konkrete Ziele zur Erhöhung des Frauenanteils in ihren Aufsichtsräten, Vorständen und den oberen Management-Ebenen zu setzen und über die Fortschritte zu berichten. Der Bund geht mit gutem Beispiel voran: In Aufsichtsgremien, in denen dem Bund mindestens drei Sitze zustehen, gilt seit 2016 bei Neubesetzungen eine Geschlechterquote von 30 Prozent. Ziel ist es, den Anteil ab 2018 auf 50 Prozent zu erhöhen. Zudem soll auch die Bundesverwaltung für jede Führungsebene konkrete Zielvorgaben zur Steigerung des Frauen- bzw. Männeranteils erlassen.

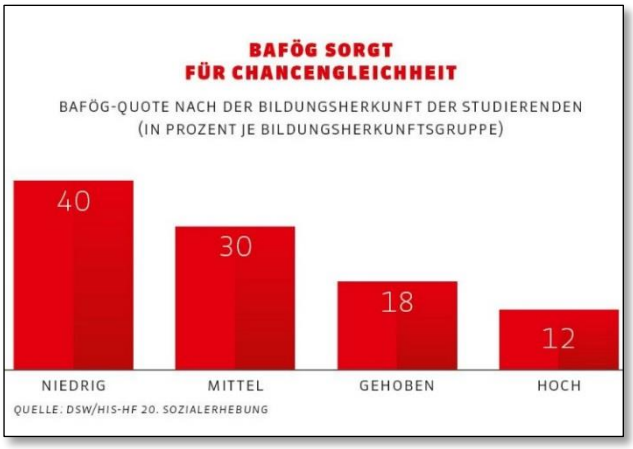
Gleicher Lohn für Frauen und Männer

Frauen erhalten durchschnittlich 21 Prozent weniger Lohn als Männer. Deshalb werden wir ein Lohngerechtigkeitsgesetz beschließen. Ziel ist gleiche Bezahlung durch mehr Transparenz. Viele Frauen wissen gar nicht, dass sie schlechter bezahlt werden. In Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten sollen Angestellte deshalb einen individuellen Auskunftsanspruch darüber

erhalten, wie sie im Vergleich zu anderen entlohnt werden. Unternehmen mit mindestens 500 Beschäftigten sollen künftig Verfahren zur Beseitigung von Lohndiskriminierung anwenden. Für die Kapitalgesellschaften unter ihnen führen wir zudem eine Berichtspflicht ein.

Gleiche Bildungschancen

Wir investieren in Kitas, Schulen und Hochschulen. Außerdem haben wir das BAföG erhöht, fördern beruflichen Aufstieg durch Weiterbildung, verbessern die Karrierechancen in der Wissenschaft und stellen mehr Geld für Forschung bereit.



Investitionen in Kitas, Schulen, Hochschulen

Der Bund hat 2015 die Kosten des BAföG vollständig übernommen. Dadurch werden die Länder dauerhaft um rund 1,17 Milliarden Euro pro Jahr entlastet – Geld, das sie in Kitas, Schulen und Hochschulen investieren können. Außerdem haben wir durchgesetzt, dass der Bund künftig direkt in die Bildungsinfrastruktur in finanzschwachen Kommunen investieren kann. Damit brechen wir das unsinnige »Kooperationsverbot« in der Schulpolitik endlich auf. Im ersten Schritt stellen wir 3,5 Milliarden Euro zur Sanierung von Schulen und Sporthallen bereit. Außerdem wollen wir die digitale Ausstattung unserer Schulen verbessern. Zudem steuert der Bund allein in dieser Wahlperiode 4,1 Milliarden Euro für Krippen und Kitas bei. Für mehr Studienplätze stellen wir im Rahmen des Hochschulpakts bis 2020 rund 10 Milliarden Euro bereit.

Mehr BAföG für mehr Studierende

Wir haben das BAföG reformiert und die Fördersätze zum Wintersemester 2016 um sieben Prozent erhöht. Durch die Anhebung der Einkommensfreibeträge haben 110.000 Schülerinnen, Schüler und Studierende zusätzlich einen BAföG-Anspruch.

Karrierechancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs

Mit der Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes haben wir den Missbrauch von Befristungsmöglichkeiten in der Wissenschaft eingedämmt. Mit dem Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs verbessern wir die Karriereperspektiven in Hochschule, Lehre und Forschung. Dabei fördern wir 1.000 zusätzliche Nachwuchs- Professuren mit 1 Milliarde Euro ab 2017.

Aufstiegschancen durch Weiterbildung

Mit der Reform des Aufstiegs-BAföG fördern wir mehr Menschen, die an einer beruflichen Aufstiegsfortbildung teilnehmen – zu attraktiveren Förderbedingungen. Wir haben die Fördersätze, Freibeträge und Zuschussanteile zum 1. August 2016 deutlich erhöht. Auch Bachelorabsolventinnen und -absolventen können jetzt gefördert werden, wenn sie einen Meisterkurs absolvieren. Außerdem haben wir die Förderung der beruflichen Weiterbildung von gering Qualifizierten und Langzeitarbeitslosen verbessert.

Gleiche Chancen durch Integration

Wir verankern verbindliche Regeln für die Integration. Denen, die neu in unser Land kommen und bleiben können, helfen wir durch Sprachkurse und einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt. Gleichzeitig fordern wir die Bereitschaft ein, die Angebote anzunehmen.

Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern

Geduldete Azubis erhalten eine Duldung für die gesamte Dauer der Ausbildung. Wenn sich daran eine Beschäftigung anschließt, wird das

Aufenthaltsrecht für weitere zwei Jahre erteilt. Den Ländern haben wir die Möglichkeit gegeben, die Vorrangprüfung befristet für drei Jahre auszusetzen. Zudem schaffen wir für Schutzsuchende 100.000 gemeinnützige Arbeitsmöglichkeiten in und außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen.

Spracherwerb beschleunigen

Die Kursangebote für Sprachunterricht werden ausgeweitet und die Wartezeiten verkürzt. Wir haben dafür gesorgt, dass Lehrkräfte besser bezahlt werden: Durch eine höhere Kostenerstattung wird die Mindestvergütung pro Unterrichtsstunde deutlich angehoben.

Integrationsbemühungen anerkennen

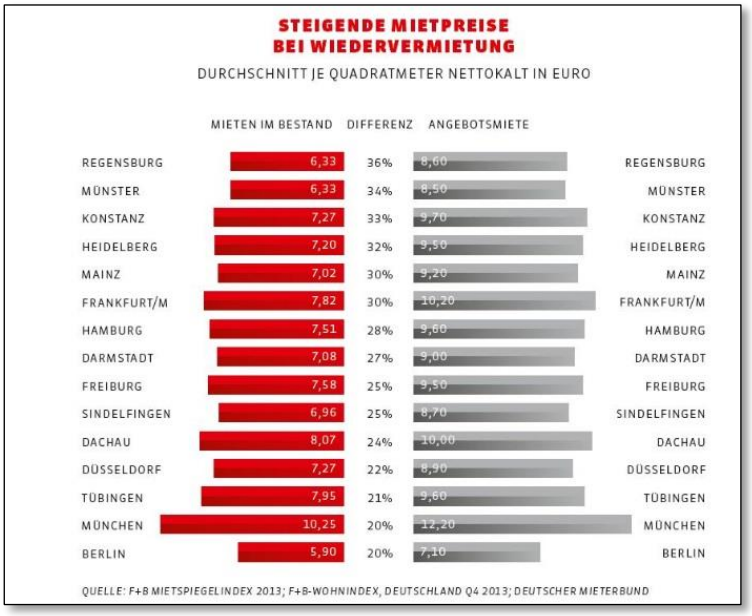
Wer bei der Integration großes Engagement zeigt, wird belohnt und kann weiterhin nach drei Jahren ein dauerhaftes Niederlassungsrecht erhalten. Die Anforderungen an Sprachkenntnisse und die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts berücksichtigen die besondere Situation von Schutzsuchenden.

Soziale Brennpunkte verhindern

Für anerkannte Flüchtlinge gilt eine befristete Wohnsitzauflage, um ihre Unterbringung regional zu steuern. Die Integration in den Arbeitsmarkt soll dadurch nicht beeinträchtigt werden: Von der Wohnsitzauflage befreit sind unter anderem Personen in Ausbildung oder mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Doppelpass ermöglichen

In Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern müssen sich nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden. Wer bis zum 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt hat oder sechs Jahre in Deutschland eine Schule besucht bzw. eine Ausbildung absolviert hat, darf beide Staatsangehörigkeiten behalten.



Gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern

Die Vielfalt unserer Gesellschaft ist eine Stärke – wenn sich alle an die Regeln halten und einander mit Respekt und Offenheit begegnen. Wir treten Ausgrenzung und Hass entschlossen entgegen. Die Mittel für das Bundesprogramm »Demokratie leben« haben wir 2016 auf insgesamt 50,5 Millionen Euro aufgestockt. 2017 werden sie nochmals verdoppelt. Damit unterstützen wir Vereine und Initiativen, die für ein gewaltfreies und demokratisches Miteinander eintreten.

Bezahlbares Wohnen

Mit der Mietpreisbremse, höherem Wohngeld und mehr Mitteln für den sozialen Wohnungsbau sorgen wir dafür, dass gutes Wohnen nicht zum Luxus wird. Mit mehr Geld für den Städtebau verbessern wir die Lebensqualität vor Ort.

Die Mietpreisbremse

In vielen großen Städten, insbesondere in Universitätsstädten und in Ballungsregionen, ist das Angebot an Wohnungen so knapp, dass die Mieten stark gestiegen sind. Deshalb gilt seit Juni 2015 die Mietpreisbremse. Bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt dürfen Mieten höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Die Länder ha-

ben festgelegt, für welche Gebiete die Mietpreisbremse gilt. Und sie wirkt, die ersten Urteile gegen Vermieter liegen vor. Bei der Beauftragung einer Maklerfirma gilt: »Wer bestellt, der bezahlt« – in der Praxis meist der Vermieter. Um die Mietpreisbremse noch wirksamer zu machen, wollen wir Vermieterinnen und Vermieter verpflichten, die Vormiete offenzulegen. Außerdem wollen wir den Rückzahlungsanspruch für zu viel gezahlte Miete verbessern, den Mietspiegel transparenter und rechtssicher machen und die Umlage von Modernisierungskosten auf die Mieterinnen und Mieter stärker begrenzen.

Mehr Geld für Städtebau

Wir haben die Städtebauförderung von 455 Millionen auf 700 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Wichtig ist das Programm »Soziale Stadt«: Damit Städte die Integration meistern, stellen wir 150 Millionen Euro pro Jahr bereit. Ab 2017 wollen wir mit zusätzlichen 300 Millionen Euro jährlich den sozialen Zusammenhalt in den Städten stärken. Länder und Kommunen erhalten mehr Mittel für Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen und für Wohnraum für Studierende und Auszubildende.

Neubau von Wohnraum

Wir unterstützen den Neubau sowie den altersgerechten und energiesparenden Umbau von Wohnungen. Die Bundesmittel, die die Länder für die soziale Wohnraumförderung erhalten, haben wir 2016 auf mehr als 1 Milliarde Euro verdoppelt. Ab 2017 verdreifachen wir sie auf 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. Für energetisches Bauen und Sanieren haben wir 2 Milliarden Euro bereitgestellt. Den altersgerechten Umbau und Maßnahmen zum Einbruchschutz fördern wir mit Zuschüssen.

Mehr Wohngeld

Wir haben 2016 das Wohngeld erhöht und angepasst, um Menschen mit geringem Einkommen zu unterstützen. 870.000 Haushalte profitieren, davon 90.000, die bisher auf Grundsicherung angewiesen waren. Reale Verbraucherpreise, Einkommensverhältnisse und Unterschiede bei den Wohnkosten werden nun berücksichtigt.

Starke Kommunen

Nur finanziell handlungsfähige Kommunen können eine gute soziale Infrastruktur wie Schulen, Kitas oder Schwimmbäder bereitstellen. Deshalb entlasten wir Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe und stärken gezielt die Investitionskraft finanzschwacher Kommunen.

Entlastung von Städten und Gemeinden

Seit 2014 übernimmt der Bund die Kosten von jährlich gut 6 Milliarden Euro für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung komplett. Darüber hinaus entlastet der Bund

die Kommunen bei den Sozialausgaben mit einem anwachsenden Milliardenbetrag: jeweils 1 Milliarde in den Jahren 2015 und 2016, dann 2,5 Milliarden im Jahr 2017 und 5 Milliarden Euro ab 2018. Außerdem unterstützt der Bund die Kommunen beim Ausbau der Kinderbetreuung bis 2018 mit insgesamt über 4 Milliarden Euro.

Kommunale Investitionen

Wir wollen überall in Deutschland gleich gute Lebensbedingungen. Deshalb greift der Bund finanzschwachen Kommunen gezielt unter die Arme. Mit einem kommunalen Investitionsfonds fördern wir Investitionen in Bildungseinrichtungen, Klimaschutz und sonstige kommunale Infrastruktur (z. B. Krankenhäuser oder Lärmschutz). Die Mittel dafür verdoppeln wir von 3,5 auf 7 Milliarden Euro. Und wir erweitern die Möglichkeiten, damit Schulen zu sanieren.

Gute Pflege

Menschen wollen ihren Lebensabend in ihrer gewohnten Umgebung verbringen. Wir unterstützen Pflegebedürftige und pflegende Angehörige.

Mehr Leistungen

Seit 2015 erhalten Pflegebedürftige bessere Leistungen, pflegende Angehörige und Pflegefachkräfte werden entlastet. Die Leistungsbeträge steigen um vier Prozent. Die Leistungen in der häuslichen Pflege werden flexibilisiert, Demenzkranke besser unterstützt. Die Qualität der stationären Pflege haben wir gestärkt.

Faire Finanzierung

Gute Pflege muss solidarisch von der ganzen Gesellschaft finanziert werden. Daher bleibt es bei der paritätischen Finanzierung in der Pflegeversicherung. Mit dem Anstieg des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte wird ein neuer Pflegevorsorgefonds finanziert, der ab 2035 greift, wenn die geburtenstarken Jahrgänge pflegebedürftig werden.

Neuer Pflegebegriff

Seit 2017 haben fünf Pflegegrade die bisherigen drei Pflegestufen abgelöst. Geistige und psychische Beeinträchtigungen werden dann berücksichtigt. Außerdem erreicht der neue Pflegegrad 1 Pflegebedürftige, die bisher keine Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten haben. Sie bekommen künftig Unterstützung, etwa bei baulichen Anpassungen in der Wohnung. Alle, die bisher schon Leistungen erhalten, werden durch den neuen Pflegebegriff nicht schlechter gestellt.

Ehe für alle

Bisher können homosexuelle Paare in Deutschland nicht heiraten. Sie können seit 2001 lediglich eine Lebenspartnerschaft eingehen. Viele andere europäische Länder sind weiter: Selbst im katholisch geprägten Irland und auch in vielen Staaten der USA können Frauen Frauen und Männer Männer heiraten. Jetzt holt Deutschland auf: Homosexuelle können künftig auch in Deutschland die Ehe eingehen. Dafür haben sie lange gekämpft.

Am 30. Juni 2017 hat das Parlament einen Gesetzentwurf des Bundesrates zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts in 2./3. Lesung beschlossen. Es gab für die SPD-Bundestagsfraktion keinen Grund, die Entscheidung über die Öffnung der Ehe auf die lange Bank zu schieben. Deswegen hat sie durchgesetzt, darüber noch in der 18. Wahlperiode abzustimmen. Eine Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes von Anfang 2017 gibt ihr dabei recht. Denn 83 Prozent der Deutschen sind für die Öffnung der Ehe.

Im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) steht künftig: „Die Ehe wird von zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts auf Lebenszeit geschlossen“. Damit erlangen schwule und lesbische Ehepaare auch das volle Adoptionsrecht, was bedeutet: Sie können gemeinsam Kinder adoptieren.

WAHLKREISGRUPPEN ZU GAST IN BERLIN

Jedes Jahr bekommen 150 Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis die Möglichkeit, an politischen Informationsfahrten teilzunehmen, die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert werden. Zum Programm gehört neben dem Besuch historischer und politischer Orte in Berlin auch eine Diskussion mit mir als Abgeordneter im Reichstag.

Außerdem gebe ich jedes Jahr gut 200 jugendlichen Schülern die Chance, Politik einmal hautnah zu erleben. Bei einem Besuch im Reichstag erfahren sie Interessantes über die Geschichte des Gebäudes und die Arbeit der Abgeordneten oder haben manchmal sogar die Chance, einer Plenardebatte beizuwohnen.

2013 bis 2017 besuchten mich u. a. folgende Kölner Gruppen und Vereine in Berlin:

Albert Schweizer Realschule; Berufskolleg Deutzer Freiheit; Berufskolleg Köln-Lindenthal; Bürgerverein Ensen; Bürgerverein Porz Mitte; Bundesverband Rehabilitation; Festausschuss Porzer Karneval; Förderverein Köln Kolleg; Georg-Simon-Ohm Berufskolleg; Gymnasium Kreuzgasse; Gymnasium Köln-Deutz; Heinrich-Heine-Gymnasium; Hövi-Land; Humboldt Gymnasium; Interkultureller Dialog e.V.; Jugendtreff Vingst; Kaiserin-Augusta-Realschule; Kaiserin-Theophanu-Schule; Käthe-Kollwitz-Schule; Kopernikus-Realschule; Kölner Ski-Gymnastikclub 1964; KKG Blau-Weiß 1956 e.V,; Kultour op jöck; Lessing Gymnasium; Lise-Meitner-Gesamtschule; Männergesangsverein Urbach; Ortsring Eil; Otto-Lilienthal-Realschule; Paul-Kraemer-Förderschule; Porzer Nubbele e.V.; RSV Urbach 1912 e.V.; Universität Bonn; Universität Köln; St. Sebastianus Schützenbruderschaft; Sozialverband VDK Nordrhein-Westfalen; TGC Porz; Theo-Burauen-Realschule; Urbacher Räuber; Ursulinengymnasium; VSG Porz e.V.

CHANCEN UND EINBLICKE FÜR JUNGE MENSCHEN

Für junge Menschen in Ausbildung gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, die Abläufe in meinem Abgeordnetenbüro kennenzulernen. Im Rahmen eines Praktikums unterstützten mein Berliner Büro in dieser Legislaturperiode**: Milena Lütz**, **Katharina Vogt**, **Mona vom Endt**, **Tobias Schulz**, **Robin Beek**, **Antonia Sieler**, **Julia Bewerunge, Daniel Streuber und Ben Ruppert**.

Am Planspiel Zukunftsdialog der SPD-Bundestagsfraktion nahm **Cigdem Güctekin** aus Köln teil. **Nils Beuthert** aus Köln machte bei „Jugend und Parlament“ des Deutschen Bundestags mit, **Juliane Peisker** vertrat meinen Wahlkreis bei den Jugendpressetagen. **Julia Löhr** kam als Gewerkschaftsjuniorin anlässlich der Woche der GewerkschaftsjuniorInnen.

Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP), einem Jugendaustauschprogramm zwischen dem amerikanischen Kongress und dem Deutschen Bundestag, erhalten seit 1983 Schüler/innen und Auszubildende die Möglichkeit, ein Jahr in den USA zu leben. Als junge Botschafter Deutschlands lernen sie in amerikanischen Gastfamilien, was unsere Länder gesellschaftlich, kulturell und politisch verbindet und unterscheidet.

Oft darf ich als Abgeordneter in meinem Wahlkreis die Endauswahl unter mehreren Kandidatinnen und Kandidaten vornehmen. So waren 2013-2015 als Stipendiaten in den USA: **Antonia Erasmus** (2013/2014), **Barbara Delfs** (2014/2015), **Cedric Wolff** (2015/2016) und **Joshua Kemper** (2017/2018).

Mit Juliane Peisker und Thomas Oppermann

Mit Julia Bewerunge und Daniel Streuber

GREMIENMITGLIEDSCHAFTEN AUSSERHALB DES BUNDESTAGES

Im Zusammenhang mit meinen Arbeitsschwerpunkten bin ich Mitglied in folgenden Gremien:

Verwaltungsrat Deutsche Welle (DW)

Die Deutsche Welle hat ihren Sitz in Bonn und Berlin. Der Auslandssender ist die Stimme Deutschlands in der Welt, soll unsere Sichtweise, Sprache und Werte vermitteln und leistet einen wichtigen Beitrag zur globalen Meinungsvielfalt. Weltweit nutzen derzeit 118 Millionen Menschen mindestens einmal wöchentlich ein Angebot der DW im TV, Radio oder Internet. Der Verwaltungsrat der Deutschen Welle überwacht die Geschäftsführung des Intendanten außerhalb der Programmgestaltung. Das Aufsichtsgremium zählt sieben Mitglieder. Im Verwaltungsrat werden u. a. Haushalts- und Personalfragen des deutschen Auslandssenders erörtert. Zahlreiche Vorgänge bedürfen der Zustimmung des Verwaltungsrates, so der Abschluss von Tarifverträgen und die Beschaffung von Anlagen.

Beirat der Bundesnetzagentur (BNetzA)

Der Beirat der Bundesnetzagentur besteht aus jeweils 16 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und 16 Vertretern oder Vertreterinnen der Bundesländer, nicht selten die jeweiligen Wirtschaftsminister. Diese beraten die nationale Regulierungs- und Aufsichtsbehörde in den Bereichen Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen. Hierfür haben die Beiratsmitglieder umfassende Auskunftsrechte. Außerdem schlägt der Beirat die politische Leitung der Behörde vor, die dann von der Bundesregierung ernannt wird. Ich betreue im Beirat der BNetzA vor allem die Telekommunikationsthemen, darunter den Breitbandausbau und frequenzpolitische Fragen.

Kuratorium Haus der Geschichte

Das Kuratorium ist das aufsichtführende Organ der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Kuratoriumsmitglieder entscheiden über den Haushalt, die Grundzüge der Programmgestaltung sowie über Personalfragen. Das Gremium setzt sich gedrittelt aus Vertretern der Fraktionen des Deutschen Bundestags, der Bundesregierung und Repräsentanten der Bundesländer zusammen. Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland liegt an der Museumsmeile in Bonn und ist ein Museum zur deutschen Zeitgeschichte seit 1945. Ebenso wie das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig, der Tränenpalast am Bahnhof Friedrichstraße und das Museum in der Kulturbrauerei in Berlin ist das Haus Teil der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Vorstand der Medien- und Netzpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand

In der Medien- und Netzpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand treffen sich Medien- und Netzpolitiker/innen der SPD aus Bund, Ländern und dem EP, um etwa sechsmal im Jahr über aktuelle und grundsätzliche Themen zu beraten.

Leiter des Gesprächskreises des IT-Dialogs der FES

Der Gesprächskreis ist eine Expertenrunde von IT-Fachleuten aus Politik, Medien und Wissenschaft, die über aktuelle Fachfragen diskutieren.

Stellvertretendes Mitglied im Richterwahlausschuss

Der Richterwahlausschuss entscheidet zusammen mit dem jeweils zuständigen Bundesministerium über die Besetzung der Richterposten an den obersten Gerichtshöfen des Bundes. Der Richterwahlausschuss besetzt in geheimer Abstimmung mit der Mehrheit der abgegeben Stimmen die Richterposten beim Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht, Bundesfinanzhof, Bundessozialgericht und Bundesarbeitsgericht.

Kunstbeirat beim Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Das Gremium, dem ich als einer von zwei Vertretern des Bundestages angehöre, entscheidet über die grafische Gestaltung der Sonderpostwertzeichen. Es stimmt dabei über alternative Entwürfe für die Briefmarken ab, die jeweils ausführlich diskutiert werden.

WEITERE INFORMATIONEN

WAHLKREISZEITUNG „BERLIN DEPESCHE“

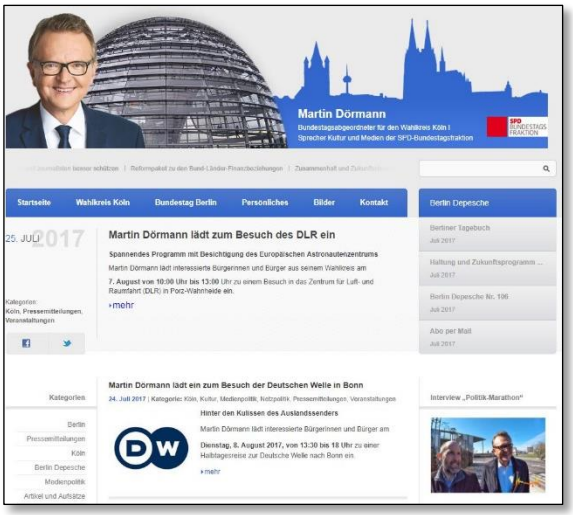
Seit Beginn meiner Abgeordnetentätigkeit 2002 gebe ich mit der „Berlin Depesche“ regelmäßig eine eigene Wahlkreiszeitung heraus. Darin finden sich aktuelle Informationen über meine Abgeordnetentätigkeit in Berlin und Köln sowie ausführliche Artikel zu wichtigen politischen Themen und Beschlüssen.

Die „Berlin Depesche“ kann auf meiner Homepage abgerufen und **per eMail abonniert** werden. **Druckexemplare** liegen in meinen drei **Bürgerbüros** aus. Sowohl was Umfang als auch Kontinuität angeht gibt es wohl wenig vergleichbare Publikationen von anderen Abgeordneten.

HOMEPAGE

Umfassende Informationen über meine Arbeit als Abgeordneter und die von mir vertretenen politischen Positionen erhalten Sie auf meiner Homepage:

www.martin-doermann.de



Dort eingestellt sind beispielsweise von mir verfasste Artikel und Anträge, Pressemitteilungen oder auch meine Bundestagsreden.

FACEBOOK

Aktuelle Statements und Fotos finden sich auf meiner facebook-Seite:

www.facebook.com/martin.doermann

IMPRESSUM: BILANZ 2013 - 2017

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030-227-73418, Fax: 030-227-76348, eMail: martin.doermann@bundestag.de

Redaktion: Martin Dörmann (verantwortlich), Mirko Vossen, Nadesha Dietz, Manuela Seifert, Stefan Stader

Bildnachweis: Andreas Amann (S. 1 o. l.); Deutscher Bundestag (S. 3); Anatoliy Stepanko (S. 5 o. l.); Rene Denzer (S.5 o. r.); Marco Urban (Portraits S. 9, S. 11); Frank Heinz privat (S. 9 o. r.); Bildarchiv Deutscher; facebook (S. 12); flickr.com/HSQ AG (S. 13); Friedrich Ebert Stiftung (S. 14); SPD-Bundestagsfraktion (S. 19, S. 20, S. 21, S. 23, S. 24. S.25); Büro Dörmann (restliche)